

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

88/15

WIRTSCHAFT

Dauerkrise in Zimbabwe

INTERVIEW

Schulreform in Südafrika

MEDIEN

Fritz Sitte und Namibia – neue Fakten



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto.-Nr. 93.009.960, IBAN AT706000000093009960, BIC BAWAATWW)

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto, Wanderausstellung Nelson Mandela, div. Veranstaltungen...
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Informationsarbeit über Namibia im Vordergrund
Kontakt: namibia@sadocc.at

**Internationale Geldgeber halten Zimbabwes
Sozialsystem aufrecht** 4

spektrum 8

EU verbietet Zitrusfruchtimporte aus Südafrika 13

Schulpartnerschaft mit Zimbabwe 18

**Gerhard Klingsberger über den Priester-Arzt
Herbert Watschinger** 24

3 Dauerkrise in Zimbabwe

Während der Streit um die Nachfolge Mugabes alles überschattet, verfallen Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur, schreibt Alex Magaisa.



11 Interview

Walter Sauer sprach mit dem regionalen Unterrichtsminister der Provinz Gauteng, Panyaza Lesufi, über die notwendige Reform des südafrikanischen Schulwesens.

14 Kreislauf der Armut

Trotz Schuldennachlaß steigt Zambias Verschuldung, weil die strukturellen Ursachen von Unterentwicklung nicht angetastet wurden. Von Simone Knapp.

20 Ein Propaganda-Machwerk

Als „Staatsgast“ der illegitimen Kolonialverwaltung bereiste der Sensationsjournalist Fritz Sitte in den 1980er Jahren Namibia.

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Volkert Engelsman, Gerhard Klingsberger, Simone Knapp, Adalbert Krims, Alex Magaisa, Shame Makoshori, Claus Putz, Walter Sauer, Magdalena Waygand. **Fotos:** Hans Gattringer (Titel), Gerhard Klingsberger, Claus Putz, SADOCC, Walter Sauer, Bernhard Schausberger (PID), www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 20. November 2015. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Helmuth Hartmeyer, Wien; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Kirsten Rüther, Wien.

Zimbabwe 2015

Volkswirtschaft im Koma

Selbst politische Meldungen aus Zimbabwe schaffen es nur mehr selten in die heimischen Medien, geschweige denn solche über die desaströse wirtschaftliche Lage des Landes. Alex Magaisa faßt die Tendenzen des heurigen Jahres zusammen – mit wenig Hoffnung für 2016.

Vor ungefähr zehn Jahren übermittelte Patrick Chinamasa, damals Justizminister Zimbabwes, dem Obersten Richter eine beunruhigende Nachricht: Die Regierung könne seine Sicherheit nicht länger garantieren. Ungefähr zur selben Zeit drangen Kriegsveteranen in den Obersten Gerichtshof ein, sangen Kriegslieder, tanzten auf den Tischen herum und bedrohten die Richter. Chief Justice Anthony Gubbay, ein Weißer, und andere seiner Kollegen wurden als Hindernis für die Landreform gesehen. Kurz nach Chinamasas Erklärung traten sie angesichts der Umstände zurück. Der Justizminister verteidigte sie nicht.

Heute scheint der Chinamasa jener Tage einer neuen Version Platz gemacht zu haben. Er tritt als nüchterner und rationaler Politiker auf, der Vernunft vor Populismus stellt. Als Finanzminister eines mittellosen Landes hat er auch keine andere Wahl mehr, bombastische Rhetorik ist da nutzlos. Aber, wie er nun selbst merkt, kann es in der regierenden Zanu PF-Partei riskant sein, dem gesunden Menschenverstand und der Vernunft zu folgen.

Der Staat Zimbabwe ist bankrott. Die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer sind zurückgegangen, ebenso jene aus Einkommens- und

Mehrwertsteuer. Das hängt u. a. mit dem drastischen Stellenabbau zusammen, der einem Urteil des Obersten Gerichtshofs vom Juli folgte, das die Kündigung von Beschäftigten liberalisierte. Dies wurde vom Parlament zwar wieder rückgängig gemacht, aber Zehntausende Arbeiter waren bereits entlassen. *Econet*, das größte Telekommunikationsunternehmen und eines der wenigen erfolgreichen Unternehmen des Landes, hatte sich zunächst Anfang des Jahres gezwungen gesehen, die Gehälter um 20% zu senken, Anfang Oktober gaben sie dann auch einen Personalabbau bekannt.

53% der Befragten antworteten bei einer neuen Umfrage des *Mass Public Opinion Institute*, sie hätten keinen bezahlten Job. Andere Berechnungen liegen viel höher und beziffern Arbeitslosigkeit im formellen Sektor mit mehr als 85%. 66% der

Befragten gaben als ihr größtes Problem das fehlende Geldeinkommen an. Die zwei häufigsten Einkommensquellen sind demnach der Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten sowie informelle Arbeit, etwa im Straßenverkauf. 57% sagten, dass ihre persönlichen Lebensumstände schlecht wären, davon wieder mehr als die Hälfte, sie wären schlechter als noch vor einem Jahr. 51% glaubten auch, daß sich

die Situation innerhalb des nächsten Jahres weiter verschlechtern wird. Insgesamt waren 67% der Ansicht, das Land ginge in die falsche Richtung.

Die meisten Fabriken haben ihren Betrieb eingestellt, und wenn nicht, sind die Maschinen überaltert und ist



Umstrittener Chinamasa

ihre Erhaltung teuer, was die Produktionskosten erhöht. In Kwekwe, einer kleinen Stadt in den Midlands, ungefähr auf halbem Weg zwischen der Hauptstadt Harare und der zweitgrößten Stadt Bulawayo, ist die Schwerindustrie überwiegend im Stillstand. Der Deal mit einer indischen Firma, um das Eisen- und Stahlunternehmen *Ziscosteel* im nahegelegenen Redcliff wiederzubeleben, scheint in den letz-

Auslandshilfe

vor allem in den ländlichen Gebieten ohnehin unzureichend ist. Zwischen 2004 und 2013 erhielt Zimbabwe z. B. nur ein Viertel jenes Betrags, der für Tanzania mobilisiert werden konnte. Um die Krise im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen zu meistern, werden also erhebliche nationale Anstrengungen notwendig sein.

Die Aussichten dafür seien allerdings düster, sagt UNICEF: Das El Niño-Phänomen und der Klimawandel wirkten sich bereits jetzt negativ auf die Landwirtschaft in Zimbabwe aus, und das geringe wirtschaftliche Wachstum in China, an das Zimbabwe seine meisten Rohstoffe verkauft, werde sich auch auf den Außenhandel Zimbabwes negativ auswirken. „*Letztlich wird die Regierung um die Aufnahme von neuen Krediten nicht herumkommen,*“ so Muradzikwa. „*Aber das Budget weist bereits jetzt ein Defizit von 460 Mio. US-\$ auf, und noch ist der Bonus für die Beamten nicht bezahlt, der sich auf weitere 140 Mio. US-\$ belaufen würde.*“ Ob und welche Maßnahmen das Budget 2016, das Finanzminister Chinamasa Ende November vorlegen wird, zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Stützung des Sozial- und Gesundheitssystems vorsehen wird, bleibt abzuwarten.

Vor allem die früher renommierten staatlichen Krankenhäuser stecken infolge hoher Verschuldung, veralteter Ausrüstung und schlechtem Management in einer akuten Krise, die vor allem die verarmte ländliche Bevölkerung trifft. Denn in privaten Spitälern sind die Behandlungsgebühren für Durchschnitts-Bürger/innen nicht leistbar.

Zwar beschlossen die Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union bei einer Konferenz in Abuja (Nigeria) im April 2001, die staatlichen Ausgaben für Gesundheit auf mindestens 15% des Gesamtbudgets anzuheben. Zimbabwe hat demgegenüber in den letzten Jahren seine Gesundheitsausgaben ständig reduziert. Im Budget 2015 erhielt das *Ministry of Health and Child Care* nur mehr 301 Mio. US-\$, also nur 6,3% des ursprünglich beschlossenen (später reduzierten) Gesamtbudgets von 4,1 Mrd. Im Jahr zuvor, 2014, hatte der Budgetposten noch 337 Mio. US-\$ betragen.

Shame Makoshori (Financial Gazette, Harare)

nitrat-Dünger, äußerst wichtig für die Agrarindustrie. Sable reagierte auf die Weisung des Ministers mit der Ankündigung, seinen Betrieb einzustellen, was zu einem Verlust von 500 Arbeitsplätzen führen würde. Darin noch nicht eingerechnet sind die Auswirkungen auf die Agrarindustrie, die nun auf den viel teureren Import von Düngemitteln angewiesen ist. Zimbabwe ist ohnehin schon ein riesiger Supermarkt für süd-afrikanische Produkte.

2007 plünderte die Zentralbank die Firmenfremdwährungskonten aller in Zimbabwe operierenden Banken. Das Geld wurde niemals zurückgezahlt. Mehrere Kunden klagten, beispielsweise die Firma *Farmtec Ltd.*, der die Zentralbank Geld für gelieferte Traktoren schuldet. Farmtec gewann zwar den Prozeß, der Oberste Gerichtshof aber entschied heuer, das Eigentum der Zentralbank könnte nicht beschlagnahmt oder verkauft werden, weil es von der Gesetzgebung geschützt sei. Farmtec müßte sich auf Treue und Glauben der Zentralbank verlassen. Mittlerweile verabschiedete die Regierung eine umstrittene Regelung, mit der der Staat die Schulden der Zentralbank übernimmt. Wie auch immer: Die Gläubiger der Zentralbank werden ihr Geld kaum wiederbekommen – eine klare Mißachtung von Eigentumsrechten, die dem Image des Landes einen weiteren Schlag versetzt.

Enteignung durch Zentralbank

Das sind die realen Gegebenheiten, denen Chinamasa als Finanzminister gegenüber steht. Wenn er versucht, vernünftig zu sein – was er eigentlich muß –, riskiert er, zur politischen Zielscheibe zu werden. Schon jetzt bezeichnen ihn manche seiner Kabinettskollegen als Agenten,

der versessen darauf wäre, Präsident Mugabe zu stürzen.

Im April kündigte Chinamasa – im Bewußtsein, daß das Land bankrott



Stadtbild in Harare

ist – überraschend an, es würde dieses Jahr keine Bonuszahlungen für Beamte geben. Über Jahre hinweg hatten sich diese an die Auszahlung eines 13. Monatsgehalts gewöhnt, eine jährliche Gehaltsaufbesserung kurz vor den Feiertagen, obwohl die Auszahlung in den letzten Jahren bereits schwankte. Es war ein Anreiz, auf den man sich immer freute, auch wenn diese Pauschalzahlung ökonomisch umstritten ist in einem Land, in dem das Budget schon zu 75% aus Lohnkosten besteht.

Kurz nach seiner Ankündigung wurde Chinamasa von Präsident Mugabe auf einer öffentlichen Veranstaltung heftig gerügt. Die Entscheidung müßte zurückgenommen werden, der Minister würde eben irgendwo Geld auftreiben müssen. In den letzten Wochen kam Chinamasa dann unter ein Bombardement von Angriffen zweier Kabinettskollegen, des Kriegsveteranen-Ministers Chris Mutsvangwa und des Jugendministers Patrick

Zhuwao – letzterer auch der Neffe des Präsidenten.

Chinamasas größtes Verbrechen war es, die Bretton Woods-Institutionen einzuschalten, als Teil von Bemühungen, Kanäle zur Rettung einer Ökonomie zu öffnen, die in einer Sackgasse steckt. Seitdem er vor zwei Jahren das Finanzressort übernahm, geht er diesbezüglich den Weg seines Vorgängers Tendai Biti, des damals von Tsvangirai entsendeten MDC-Ministers, weiter, der sich um die Wiederherstellung des Engagements der Bretton-Woods-Institutionen bemühte. Vor kurzem berichtete Chinamasa, er hätte mit IWF und Weltbank einen Plan vereinbart, Zimbabwes ausständige Mitgliedsbeiträge im Ausmaß von 1,8 Mrd. Dollar zu begleichen. Anderenfalls würde es für Zimbabwe kaum möglich sein, weiterhin Unterstützung von diesen Institutionen oder von anderen Kreditgebern zu erhalten. Chinamasa kennt diese wirtschaftliche Realität, wenn sie auch mit der Kritik seines Chefs an den Bretton Woods-Institutionen kollidiert. Mugabe hat dazu noch keinen Kommentar abgegeben, aber den Zorn seiner Kollegen hat Chinamasa mit seinen Bestrebungen bereits auf sich gezogen.

Unter frenetischem Applaus von ZANU-Jugendführern forderte Zhuwao zum Beispiel die Entlassung Chinamasas aus dem Kabinett. Angeblich werden ja tausende ZANU PF-Jugendfunktionäre vom Staat bezahlt. Sie werden als *Youth Officers* bezeichnet und sind über das Land verteilt stationiert. Wenn Chinamasa seinen Plan weiterverfolge und die Verwaltungskosten kürze, ginge dies ja zu Lasten der „Arbeiter“, so Zhuwaos Aufschrei.

Umstrittene Bretton Woods- Institutionen

Aber derselbe geht noch weiter: Er schlägt eine „Indigenisierungssteuer“ von 10% auf die Bruttogewinne aller ausländischen Unternehmen vor – zusätzlich zu den Steuern, die sonst schon von der *Zimbabwe Revenue Authority* eingehoben werden. Diese Abgabe, so Zhuwao, sollte der Eigentumsbeteiligung der Gesellschaft dienen und ausländische Firmen motivieren, sich zu indigenisieren; Betriebe in einheimischem Eigentum würden hingegen profitieren. Die Tatsache, daß die Kosten für Investitionen in Zimbabwe dadurch erhöht würden und das Land noch weniger attraktiv für Investoren wäre, scheint ihn nicht zu stören.

Was Zhuwao aber nicht sagt: Vor den Wahlen des Jahres 2013 wurden Gelder als Darlehen an tausende Jugendliche ausbezahlt, aus dem *Youth Fund*, den sein Ministerium verwaltet. Diese Darlehen wurden bisher nicht abgerechnet. Und Zimbabwe hat auch sonst eine lange Geschichte mit Geldern, die grob mißbräuchlich verwendet wurden. Ebenfalls 2013 z. B. veranstaltete Präsident Mugabe eine verschwenderische Zeremonie, bei der die Gründung eines 50 Millionen Dollar-Fonds durch jene fünf Bergbauunternehmen, die im Chiadzwa-Diamantenfeld tätig sind, angekündigt wurde. Ein Jahr später bestritten diese Firmen, je eine solche Zusicherung gegeben zu haben – woher kam also das ausbezahlte Geld? Nicht überraschend, daß Kritiker Bedenken gegen Zhuwaos Vorschlag äußern, dies wäre eine weitere Möglichkeit für Politiker, schnelles Geld zu machen und die Korruption anzuheizen.

Vor kurzem erklärte der Landwirtschaftsminister, Zimbabwe

würde keine Nahrungsmittelknappheit erleiden, weil es jederzeit Getreide vom Nachbar Zambia importieren könnte. Das sagte er ohne jegliches Schamgefühl und ergänzte noch, es stünde im Einklang mit *ZimAsset*, dem Wirtschaftsplan des Landes. Die Regierung spricht stolz von Landreform, aber hat keine Ahnung, wie man dieses Land in eine produktive Ressource verwandelt. Nach wie vor sind die Besitzrechte ungeklärt, deren Stabilisierung Grund und Boden von seinem komatösen Zustand in „lebendes Kapital“ verwandeln würde. Die Banken geben den neuen Farmern keine Kredite, weil mit dem momentanen System und der Unsicherheit Land in erster Linie ein „totes Kapital“ ist. Und der Staat vertraut jenen Personen, an die er Land verteilt hat, keine sicheren Eigentumsrechte an. Also wird die Ressource Grund und Boden im derzeitigen Zustand wohl keine bedeutenden Investitionen anziehen.

Wer folgt Mugabe?

Eine einleuchtende Art, wie man produktiven Nutzen aus dem Land ziehen könnte, wäre die Vertragslandwirtschaft, bei der neue Landwirte mit den alten Farmern kooperieren. Die neuen haben das Land, die alten das Wissen und die Expertise. Sie könnten zusammenarbeiten und sich den Gewinn teilen. Aber die Regierung wehrt sich dagegen, hauptsächlich aus Stolz:

Sie wollen kein System billigen, das die Annahme nahelegt, die alten weißen Farmer seien noch nützlich.

Auch die Look-East-Politik der letzten 15 Jahre hat nicht viele Früchte getragen, obwohl die Regierung viel Lärm um ihren „Megadeal“ mit China macht. China ist einer von Zimbabwes zahlreichen Kreditgebern, die erwarten, daß ihre Kredite zurückgezahlt werden. Chinamasa mußte letztes Jahr zugeben, eine symbolische Zahlung an die Chinesen geleistet zu haben für die Kredite, die Zimbabwe ihnen schuldet. Er tat

dies aus der Verlegenheit heraus, daß Präsident Mugabe China einen Staatsbesuch abstattete. Die Wahrheit ist: Solange wir bankrotte Schuldner sind, wird uns kein Kreditgeber, nicht einmal China, ernsthafte Aufmerksamkeit schenken.

Es bleibt nun abzuwarten, wie Mugabe selbst auf Chinamasas Tango

mit dem Westen reagiert. Das hängt davon ab, ob die Gruppe, die kritisch gegenüber Chinamasa eingestellt ist, an Gewicht gewinnt. Eines ihrer Argumente ist die Behauptung, Chinamasa würde bereits auf die Zeit nach Mugabe blicken, indem er sich auf die Institutionen einläßt, die Mugabe mit dem Teufel verglichen hat. Chinamasa wäre demnach anti-Mugabe und täte sich mit Agenten eines Regimewechsels zusammen. Das könnte in der Tat damit enden, daß Chinamasa seinen Job verliert. Aber das wird die Wirtschaft nicht retten, sondern die Dinge wahrscheinlich noch verschlimmern.

Tatsache ist, daß Chinamasa einen einsamen Kampfpflicht in einer aktuellen Regierung, die weder den Willen noch die Fähigkeit zeigt, das Land vor dem Abgrund zu retten, und deren Mitglieder in erster Linie an der Frage nach der Nachfolge Präsident Mugabes interessiert sind. Ein düsteres Szenario.

Alex Magaisa ist Jurist, war Berater von Ministerpräsident Morgan Tsvangirai und lehrt heute an der Universität von Kent. Sein Text ist stark gekürzt entnommen aus <http://alexmagaisa.com/portrait-of-a-broken-economy-zimbabwe-in-2015>.



Mugabe-Anhänger im Stadion

Immunität für Air Zimbabwe

Wie die in Bulawayo erscheinende Zeitung *The Chronicle* (Internetausgabe) vom 26. November berichtete, unterzeichnete Präsident Mugabe eine Novelle zum *Air Zimbabwe Corporation (Repeal) Act*, welche die hochverschuldete nationale Fluglinie bis Juli 2018 vor Pfändungen schützt.

Air Zimbabwe hat in den letzten Jahren einen Schuldenberg von ca. 300 Mio. US-\$ angehäuft und benötigt für die Rückzahlungen und dringend notwendige Modernisierungsinvestitionen insgesamt eine Milliarde US-Dollar. Gläubiger sind zumeist einheimische Institutionen, aber auch ein US-amerikanisches Unternehmen. Als Ursachen für die Verschuldung werden sowohl die schlechte wirtschaftliche Lage als auch Managementfehler und politische Interventionen von Seiten des Transportministeriums angeführt. Zahlreiche qualifizierte Mitarbeiter/innen – Piloten, Techniker und Bordpersonal – verließen die Fluglinie bereits angesichts der im regionalen Vergleich geringen Bezahlung und schlechter Arbeitsbedingungen.

Die neue Gesetzeslage soll Air Zimbabwe eine geordnete Begleichung der Schulden ermöglichen und die Gefahr einer gerichtlichen Beschlagnahme von Flugzeugen oder anderem Vermögen minimieren. Nicht kann sie allerdings verhindern, daß die Gläubigerfirmen ihre Leistungen reduzieren, was ebenso zur Einstellung des Betriebs führen könnte.

...spektrum...

Präsidentenwahlen in Tanzania. Nach kontroverser Wahlkampf entschied der Kandidat der regierenden Partei *Chama Cha Mapinduzi (CCM)*, John Pombe Magufuli, die Präsidentenwahlen Ende Oktober mit 58% für sich. Magufuli (56), früherer Chemielehrer und seit 1995 in der Regierung (zuletzt als Minister für Landwirtschaft und Fischerei) war im Wahlkampf vor allem als Kritiker der Korruption aufgetreten. Wohl nicht zufällig: Gegenkandidat Edward Lowassa, der 40% der Stimmen erzielte, hatte 2008 infolge eines Korruptionsskandals zurücktreten müssen und wechselte seither zur Opposition. Tanzanias bisheriger Präsident, Jakaya Kikwete, durfte nach zwei Amtsperioden nicht mehr zur Wahl antreten.

Beobachtern zufolge war der Wahlkampf der härteste in der Geschichte Tanzanias; mit dem politischen Profi Lowassa hatte die Opposition erstmals seit Einführung der Mehrparteiendemokratie 1995 eine realistische Alternative zur Alleinherrschaft der CCM aufstellen können. Die Bekanntgabe des Endergebnisses durch die National Wahlkommission führte denn auch zu einem sofortigen Protest des unterlegenen Kandidaten, der sich selbst zum Sieger erklärte. Gleichwohl fand am 5. November die Amtseinführung Magufulis zum fünften Staatspräsidenten Tanzanias seit der Unabhängigkeit statt. Erstmals fungiert mit Samia Suluhu Hassan, ebenfalls von der CCM, eine Frau als stellvertretende Präsidentin.

Wahlbeobachter/innen der *African Union* sowie der EU bescheinigten den Wahlen am Festland, friedlich, kompetent und weitgehend effizient verlaufen zu sein. Kritik übten sie jedoch an der Annullierung des Wahlgangs in Zanzibar durch die Wahlkommission, die dafür „Verletzungen des Wahlgesetzes“ ins Treffen führte. Wann und in welcher Weise die Wahlen nachgeholt werden sollen, ist nach wie vor unklar.

Als eine seiner ersten Maßnahmen sagte der neugewählte Präsident die staatlichen Feierlichkeiten zum tanzanischen Unabhängigkeitstag, dem 9. Dezember, ab. Es wäre „eine Schande, große Summen Geldes für Feiern



Amtseinführung von Präsident Magufuli im Uhuru Stadion von Dodoma

auszugeben, solange unsere Menschen an Cholera sterben“, erklärte er zur Begründung. Damit wird die Unabhängigkeit von Großbritannien heuer erstmals seit 54 Jahren nicht offiziell begangen. Aus Einsparungsgründen wird die Regierung heuer auch keine Weihnachts- und Neujahrskarten mehr versenden – Maßnahmen, die in der tanzanischen Öffentlichkeit durchaus positiv aufgenommen wurden.

Lokalwahlen in Namibia. Nach den Parlaments- und Präsidentenwahlen im November 2014 wurden die namibischen Wahlberechtigten am 27. November zum zweiten Mal

binnen eines Jahres an die Wahlurne gerufen. Diesmal entschieden sie über die Zusammensetzung der *Regional Councils* sowie der kommunalen Vertretungen. Wiederum kamen die seinerzeit umstrittenen elektronischen Wahlgeräte zum Einsatz – was diesmal besser funktionierte. Wie die Sprecherin der *Electoral Commission of Namibia*, Viktoria Hango, bekanntgab, standen 1162 feste Wahllokale und 2318 mobile Wahlstationen zur Verfügung. Die Anzahl der Wahlberechtigten lag knapp unter 1,3 Millionen.

Erste Sieger standen allerdings bereits vor den Wahlen fest: In 26 Wahlkreisen und fünf Orten – meist im Norden des Landes – trat die Opposition nicht an, weshalb die SWAPO-Kandidaten zu Siegern erklärt wurden. Politische Beobachter wie Graham Hopwood vom *Institute for Public Policy Research (IPPR)* rechneten allerdings ohnehin mit einem überwältigenden Sieg der SWAPO.

Bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen 2010 hatte in neun Wahlkreisen jeweils eine Oppositionspartei gewonnen, in elf weiteren überstiegen die Stimmen für die Opposition insgesamt jene für die SWAPO. Kernzonen der Opposition lagen damals in der Region Kunene (Verwaltungssitz Opuwo), wo die *Democratic Turnhalle Alliance (DTA)* und die *United Democratic Front (UDF)* fünf der sechs Wahlkreise für sich gewannen, sowie Omaheke (Gobabis), wo sich die *National Unity Democratic Organisation (NUDO)* zwei der sieben Wahlkreise sichern konnte. Die von der SWAPO abgespaltene *Rally for Democracy and Progress (RDP)* erreichte die Mehrheit nur in einem Wahlkreis, nämlich in Windhoek East.

Daß sich die Wählerpräferenzen mittlerweile verschoben haben, zeigten schon die Ergebnisse der

Parlamentswahlen Ende 2014, wo sich SWAPO in den meisten erwähnten Wahlkreisen als überlegen erwies.

Nach dem Ende November bekanntgegebenen Wahlergebnis 2015 konnte die SWAPO zusammen mehr als 72% der in den zur Wahl stehenden Gemeinden vergebenen Mandate (233 von insgesamt 332) erringen; da die Opposition in Okahao, Outapi, Tsandi, Omuthiya und Oniipa keine eigenen Kandidat/inn/en aufgestellt hatte, fielen die Sitze dort automatisch an die SWAPO, die als einzige kandidiert hatte. Weit abgeschlagen an zweiter Stelle folgte die *DTA of Namibia*, die 39 Mandate in 34 Gemeinden erzielte, danach folgen die *United Democratic Front of Namibia (UDF)* mit 22 Sitzen, die *National Unity Democratic Organisation (Nudo)* mit 11 und die *Rally for Democracy and Progress (RDP)* mit 10 Sitzen.

In einem einzigen Wahlkreis – Henties Bay – haben die Oppositionsparteien zusammen mehr Mandate als SWAPO, wobei eine lokale Initiative, die *Henties Bay Civic Association*, das Zünglein an der Waage spielt.

Mit etwa einem Drittel war die Wahlbeteiligung niedriger als 2010.

Studentenproteste in Südafrika.

Was im Frühjahr mit dem Denkmalsturm gegen das *Rhodes-Monument* vor der *University of Cape Town* begann, scheint sich jetzt zu einem regelrechten „Jahr 1968 für Südafrika“ auszuwachsen. Unzufriedenheit mit Studienbedingungen und den (weithin britisch geprägten) institutionellen Arrangements an den Universitäten sowie politischer Populismus mobilisieren große Teile der Studierenden zu Protesten gegen die Unterrichtsverwaltung und gegen die Regierung – vor dem Hintergrund der anhaltenden Demonstrationen von Ar-

beits- und Obdachlosen bzw. sonstwie sozial Deklassierten eine gefährliche Mischung. Gegen Ende November erzielte die „feesmustfall“-Kampagne (aus „rhodesmustfall“ entstanden) ihren ersten Erfolg: Wie Präsident Jacob Zuma erklärte, wird es an den Universitäten 2016 keine Erhöhung der Studiengebühren geben. In weiterer Folge soll über Gratis-Studium,



Polizeieinsatz gegen Studierende in Kapstadt

mehr Autonomie der Universitäten, ihre von vielen Studierenden kritisierte rassistische Grundhaltung sowie die unzureichenden Unterkunftsmöglichkeiten diskutiert werden.

Initiiert wurden die Proteste gegen die Erhöhung der Studiengebühren von Studierenden der Universität von Witwatersrand in Johannesburg, sie griffen aber rasch auf ganz Südafrika über. Am 21. Oktober blockierten Student/inn/en den Zugang zum Parlament in Kapstadt, was zu einem Polizeieinsatz mit Tränengas führte; drei Personen wurden verhaftet. Dies veranlaßte Zuma zu einer Krisensitzung mit Rektoren, Universitätsvorsitzenden und Vertreter/inne/n der Studentenschaft. *„Die Regierung ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die gerade Studierende aus ärmeren Bevölkerungsschichten überwinden müssen, um studieren zu können. Sie appelliert an alle, langfristige Lösungen zu finden, um einen leichteren Zugang zu Bildung für alle möglich zu machen“*, so Zuma.

Südafrikanische Visumpolitik.

Nach langem Streit zwischen Tourismusminister Derek Hanekom und Innenminister Malusi Gigaba (INDABA 87/15) kündigte Südafrika am 23. Oktober neue Visumbestimmungen an. Zum Großteil konnte sich damit Hanekom, gestützt von der Tourismuswirtschaft, durchsetzen, wenngleich auch Hardliner Gigaba sein Gesicht wahren konnte.

Die erst im Juni 2014 eingeführten bisherigen Bestimmungen hatten vorgesehen, daß Besucher/innen Südafrikas ihre Visumanträge persönlich bei südafrikanischen Botschaften einreichen mußten, um ihre biometrischen Daten abnehmen zu können. Nun gestand das *Department of Home Affairs* zu, daß in Ländern, in denen keine südafrikanischen Botschaften oder Konsulate existieren, Anträge auch per Post angenommen und die biometrischen Daten erst bei der Einreise überprüft werden sollen. Das trifft vor allem Reisende aus China, Indien oder Rußland (BRICS-Partner!), wo die südafrikanischen Vertretungen in der Regel weit vom Wohnort der Antragsteller/innen entfernt sind.

Nach Angaben von *Statistics South Africa* fielen die Touristenzahlen im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs bei Einreisenden aus China um 38% und bei solchen aus Indien um 13%. Insgesamt gingen die Einreisezahlen 2014 um 6% zurück – der stärkste Rückgang seit der globalen Finanzkrise von 2009.

Weiterhin verlangt Südafrika jedoch, daß Eltern aus visumpflichtigen Staaten, die mit Kindern reisen, zugleich mit den Pässen auch die Geburtsurkunden derselben vorweisen. Diese Maßnahme, die zu ziemlicher Verwirrung geführt hat, soll der Verhinderung des illegalen Kinderhandels dienen.

Staatspräsident Jacob Zuma hatte im August d. J. eine Kommission eingesetzt, um den Konflikt zwischen beiden Ministern zu entschärfen und eine handhabbare Regelung zu finden. Angaben des Tourismusministeriums zufolge trägt der Fremdenverkehr mittlerweile fast 10% zum südafrikanischen Bruttosozialprodukt bei.

Kariba-Staudamm in Gefahr.

Nach einer Studie des *Institute of Risk Management of South Africa* gibt es nur maximal drei Jahre Zeit, um einen Zusammenbruch des Kariba-Staudamms an der Grenze zwischen Zimbabwe und Zambia zu verhindern, der eine Katastrophe für bis zu dreieinhalb Millionen Menschen auslösen könnte. 181 Milliarden Kubikmeter Wasser würden sich schlagartig ihren Wegstromabwärtsbahnen, acht Stunden später den Cahora Bassa-Damm in Moçambique zerstören und das tiefer gelegene Zentralmoçambique überfluten.

Der 1960 fertiggestellte Staudamm ist durch die Erosion der Felsen, auf denen seine Grundmauern aufgebaut sind, gefährdet. Hatte die Wassertiefe bei der Staumauer ursprünglich nur zehn Meter betragen, so jetzt neunzig Meter, und ständig werden Felsstücke weggeschwemmt.

Pläne wurden ausgearbeitet, um die Erosion durch die Vergrößerung des Staubeckens und die Befestigung der Staumauer mittels Beton aufzuhalten. Beides würde gigantische Bauarbeiten erfordern. Der südafrikanischen Zeitung *Business Day* zufolge bestünde unter Ingenieuren weltweit jedoch Konsens, daß der Damm nur mehr maximal drei Jahre bestehen würde, sollten diese Reparaturarbeiten nicht sofort beginnen.

Die gegenwärtige Dürre könnte nach Ansicht der Autorin der Studie,



Der Kariba-Staudamm – gefährdet

Kay Darbourn, den Prozeß der Erosion zwar verzögern. Umso stärker würde der Staudamm jedoch durch eine Zunahme der Wassermengen durch wiedereinsetzende Regenfälle in Mitleidenschaft gezogen werden. Darbourn schlägt auch die Schaffung eines Frühwarnsystems vor, durch welches die Anrainer/innen des Zambezi im Krisenfall per SMS oder soziale Medien rechtzeitig gewarnt werden könnten; solche Systeme sind als Tsunamiwarnungen in der pazifischen Region schon in Gebrauch.

Wie der technische Direktor der Firma *Hidroelectrica de Cahora Bassa*, die den dortigen Damm betreibt, erklärte, sei man sich des Risikos bewußt. Die Regierungen von Zambia und Zimbabwe hätten deshalb am 18. September ein Abkommen mit der Europäischen Union, der Weltbank, der African Development Bank und der schwedischen Regierung zur Finanzierung der 294 Mio. US-\$ schweren Reparaturkosten geschlossen.

World Aids Day in Südafrika. Aus diesem Anlaß konnten Aids-Aktivist/inn/en und Kommentatoren Verbesserungen bei der medizinischen Behandlungen der HIV/Aids-Epidemie in Südafrika konstatieren. Noch vor zehn Jahren war die Regierung unter dem damaligen Präsidenten Thabo Mbeki und Gesundheitsministerin Manto Shabalala-Msimang der Gratisverteilung von antiretroviralen Medikamenten

ablehnend gegenübergestanden. Dies einerseits aus finanziellen Gründen (jahrelange Prozesse mit internationalen Pharmakonzernen), andererseits aber auch, weil Mbeki den sog. HIV-Leugnern ein offenes Ohr bot bzw. sich nicht ausreichend von ihnen distanzierte.

Viele zehntausend Tote waren die Folge, und Betroffene wie Gesundheitsaktivisten schlossen sich in der *Treatment Action Campaign (TAC)* zusammen, die gegen die ablehnende Regierungspolitik kämpfte – zum ersten Mal, daß die ANC-geführte Regierung mit einer zivilgesellschaftlichen Massenbewegung konfrontiert wurde (und das machte dann Schule).

Antiretrovirale Medikamente (kurz: ARVs) können Aids zwar nicht heilen, verhindern aber die Mutter-Kind-Übertragung des HI-Virus und mildern die Auswirkungen der Krankheit ab – vorausgesetzt, sie werden regelmäßig und mit ausreichender Nahrung eingenommen.

Erst seitdem Jacob Zuma als neuer Präsident 2009 das Ruder übernahm, sind ARVs in allen öffentlichen Krankenhäusern des Landes gratis erhältlich. Aktuelle Statistiken zufolge befinden sich derzeit 3,2 Mio. Menschen in dieser Behandlung, davon allein KwaZulu/Natal – der offenbar hauptbetroffenen Provinz – 1,5 Millionen.

Die Zahl der Neuinfektionen ist darüber hinaus im Sinken begriffen, was wohl auf die umfangreichen Aufklärungskampagnen der Regierung, der Kirchen und von NGOs zurückgeht. „Wir müssen die Menschen weiterhin ermutigen, sich an den kostenlosen Aids-Tests zu beteiligen und Kondome zu benutzen“, hieß es in einer Erklärung von Vizepräsident Cyril Ramaphosa zum *World Aids Day*.

Schultafeln ins Museum!

Technische Innovation und die Krise im südafrikanischen Bildungssystem

Mit der spektakulären Ankündigung, in allen Sekundarschulen der Provinz Gauteng in absehbarer Zukunft nur mehr elektronisch zu unterrichten, ist Panyaza Lesufi, in der Regionalregierung für Bildung verantwortlich, auf viel Zustimmung und Ablehnung gestoßen. Walter Sauer sprach mit dem Politiker während seines Österreich-Aufenthalts im September 2015.

Exzellenz, Sie drucken schon auf Ihrer Visitenkarte die zehn Punkte Ihres Regierungsprogramms ab. Offenbar ist es Ihnen ernst mit der Umsetzung?

Ja, wir haben nicht mehr viel Zeit, um die Kluft zwischen dem Bildungswesen der früheren Apartheid und den Ansprüchen des neuen Südafrika endlich zu schließen, vielleicht noch fünf Jahre. Dem soll unser Zehn-Punkte-Programm dienen. Wir brauchen ein Post-Apartheid-Bildungssystem, das die Ungleichheit überwindet, uns international konkurrenzfähig macht und unsere Wissens- und Qualifikationsbasis sicherstellt.

Was sind für Sie dabei die wichtigsten Bereiche?

Es sind vor allem zwei Punkte: unser Curriculum und die Einführung von Informationstechnologien in unseren Schulen. Unser Lehrplan ist durch viele Herausforderungen gegangen, wir wollen ihn nun stabilisieren und sicherstellen, daß er mit anderen Ländern kompatibel ist. Was die Informationstechnologien betrifft, so glauben wir, daß sie uns eine Möglichkeit bieten, endlich die Benachteiligungen durch die Apartheid zu beseitigen, denn

dann können wir die besten Lehrer, die beste Ausstattung und das beste E-Content bekommen.

Ich habe in der Zeitung gelesen, daß Sie gerade Klassen ohne Tafeln und Kreide angekündigt haben, zumindest für das letzte Schuljahr. Das scheint unter den Schülerinnen und Schülern sehr populär zu sein. Aber es ist auch kritisiert worden, etwa vom Rektor der Universität von Bloemfontein (INDABA 87/15). Schließlich ist das ja nur eine Technik der Umsetzung und kann Inhalte nicht ersetzen.

Nein, ich gehöre zu denen die glauben, daß man für den Unterricht im 21. Jh. nicht mehr die Methoden des 20. Jh. verwenden kann. Und die Tafel ist meiner Ansicht nach überholt, sie gehört ins Museum, nicht ins Klassenzimmer, ehrlich... weil sie die Lernenden der Chance beraubt, mit der Zeit zu gehen. Und sie ist teuer, bedenken Sie, daß wir im Unterricht ja nur eine begrenzte Zeit haben, und der Lehrer braucht Zeit, um etwas an die Tafel zu schreiben, dann wischt er es wieder weg, schreibt was anderes usw. Oder Sie lassen Schüler/innen eine Prüfung schreiben mit 25

Fragen, und bis die das abgeschrieben haben, sind schon zwanzig Minuten vergangen. Mit den neuen Technologien müssen Sie die Fragen nur einfach downloaden. Also das System mit der Tafel ist Zeitverschwendung und verzö-



Sektionschef Hanspeter Huber (Bundesministerium für Bildung und Frauen) mit Regionalminister Panyaza Lesufi

gert vieles. Daher bin ich froh, daß es in Gauteng bis 2018 keine High Schools mehr geben wird mit Kreidetafeln, von Klasse acht bis zwölf. Jede Schülerin, jeder Schüler wird ein Tablet haben, jede Lehrkraft einen Laptop und jedes Klassenzimmer ein Smartboard.

EU-Einfuhrsperrre für Zitrusfrüchte aus Südafrika

Es ist nicht das erste Mal, daß die EU Lieferungen von Zitronen, Orangen usw. aus Südafrika stoppt, weil an einigen Früchten ein Pilzbefall, die sogenannte Schwarzfleckenkrankheit, entdeckt wurde. Bereits das dritte Jahr in Folge wird auch 2015 wieder, zeitgleich mit dem Beginn der spanischen Zitrusfrucht-Ernte, die Einfuhr unter Androhung eines Importbanns zum Erliegen gebracht. Für Importe südamerikanischer Zitrusfrüchte, die bei kleineren Handelsvolumina wesentlich höhere „Black Spot“-Belastungen aufweisen, gelten diese Maßnahmen hingegen nicht. Verschleierter Protektionismus? fragt Volkert Engelsman vom internationalen Bio-Handelsunternehmen Eosta.

Die sogenannte „Citrus Black Spot“-Krankheit oder Schwarzfleckenkrankheit ist eine Pilzerkrankung, die weltweit in Gebieten mit feucht-warmem Klima auftritt. Die Pilze befallen lediglich die Schale der Zitrusfrüchte und verursachen dort kleine schwarze Flecken, ohne daß die Frucht selbst in Mitleidenschaft gezogen wird oder ein Gesundheitsrisiko für die Verbraucher besteht. Der Schaden ist rein kosmetischer Natur – anders als bei der „Citrus Sudden Death“-Krankheit, die den kompletten Baum befällt und in Brasilien schon ganze Zitrusplantagen auslöschte. Die Schwarzfleckenkrankheit breitet sich nicht über die Frucht hinaus aus; wäre dem nicht so, wären Vorsichtsmaßnahmen wie eine EU-Einfuhrsperrre berechtigt und nachvollziehbar.

Auf die südafrikanischen Zitrusfrüchte-Erzeuger hat die Schwarzfleckenkrankheit und der damit einhergehende Exportstopp hingegen verheerende Auswirkungen, denn etwa 45 Prozent der südafrikanischen Exporte von Zitrusfrüchten sind für den europäischen Markt bestimmt. Laut

Angaben des Verbands südafrikanischer Zitrusbauern würde ein permanenter Exportstopp mehr als 60.000 Arbeitsplätze bedrohen. Im November 2013 wurden Zitrusfrucht-Lieferungen aus Südafrika erstmals unter Androhung eines EU-Einfuhrverbots blockiert – seitdem ist ein permanentes Einfuhrverbot immer wieder im Gespräch. Auch 2014 und 2015 fühlte sich der südafrikanische Branchenverband unter Druck der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit gezwungen, einen Großteil der Lieferungen zurückzuhalten – auf eigene Kosten. Denn die stetig wachsenden Ausgaben für das Risikomanagement tragen die Zitrusbauern in Südafrika allein. Ihre Kollegen aus Südamerika haben hingegen nichts zu befürchten: ihre Zitrusfrüchte gelangen weiter ungehindert auf den europäischen Markt, obwohl hier doppelt so oft „Citrus Black Spot“-Befall festgestellt wurde. Wie Berichte des *European Union Notification System for Plant Health Interceptions (EUROPHYT, Frühwarnsystem der Europäischen Union für Pflanzengesundheitsvorfälle)* zeigen,

sind zwischen März und September 2015 in Zitrusfrucht-Lieferungen aus Argentinien und Uruguay 26 „Citrus Black Spot“-Vorfälle nachgewiesen worden, während dies bei Lieferungen aus Südafrika nur 12 Mal der Fall war.

Von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus ist die Androhung einer EU-Einfuhrsperrre fragwürdig“, so Volkert Engelsman, Geschäftsführer des Bio-Handelsunternehmens Eosta, das Bio-Früchte aus beiden Teilen der Welt importiert. „Die Schwarzfleckenkrankheit geht nicht auf die Bäume über – der Pilz befällt lediglich die Schale der Zitrusfrüchte. Die Angst, der Pilz könne sich auch auf europäischen Obstplantagen ausbreiten, wenn befallene Orangen oder Zitronen auf den Markt gelangen, ist also unbegründet. Auch, weil ein Expertenteam bereits 2013 nachweisen konnte, daß der Pilz ein feucht-warmes Wachstumsklima benötigt, und im mediterranen Klima Spaniens und Griechenlands schlicht nicht überlebensfähig wäre.“

→ Fortsetzung auf Seite 18

Kupferpreis. Und der Versuch, höhere Steuern gerade im Minensektor von internationalen Konzernen einzufordern, scheiterte, da die Regierung aufgrund des massiven Drucks zurückrudern mußte.

Um das Haushaltsdefizit auszugleichen, brauchte Zambia also frische Kredite, welche die Wirtschaft und Entwicklung ankurbeln sollten. Durch massive Investitionen in den Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur sowie den Ausbau des Energiesektors sollten dann die neu entstandenen Schulden schnell wieder bedient werden können.

Noch steckt Zambia nicht in einer Schuldenkrise. Aber es sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber: Derzeit zahlt das Land 125 Millionen US-\$ an Zinsen, im Jahr 2024 wird sich die Summe auf 250 Millionen US-\$ erhöhen, wenn die ersten Eurobonds fällig werden. Bis dahin muß die Regierung vorbereitet sein. Es ist zu befürchten, daß Zambia im Rating herabgestuft wird und sich somit die Eurobonds verteuern und auch der Kwacha weiter an Wert verliert. Das Haushaltsdefizit wird zusätzlich tendenziell weiter ansteigen, da der Kupferpreis nach wie vor fällt und nicht mit den Prognosen Schritt hält, die bei der Platzierung der Eurobonds ausgegeben wurden. Nach wie vor wirkt sich der Energiemangel negativ auf die Produktivität der Wirtschaft aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie JCTR, mahnen immer wieder eine größere Offenheit und Rechenschaftspflicht sowohl gegenüber dem Parlament als auch der Bevölkerung hinsichtlich der Aufnahme neuer Kredite und der damit verwirklichten Investitionen ein (INDABA 85/15). Nur wenn getätigte Investitionen sich

langfristig auf Wachstum und Staatseinnahmen auswirken, können die hohen Zinsen auch bedient werden.

JCTR fordert von der Regierung besondere Zurückhaltung auf der öffentlichen Ausgabenseite. Ganz zentral sind aber folgende Strategien, die die Regierung umsetzen muß: Die Allokation eigener Ressourcen muß verbessert werden, die Industrie diversifiziert und die Energieproduktion angekurbelt werden. Um echtes Wachstum zu generieren, das auch einer breiten Bevölkerung zugute kommt, sind besonders die Sektoren auszubauen, die beschäftigungsintensiv sind, wie bspw. der Agrarsektor. Darüber hinaus muß eine Debatte darüber angestoßen werden, wo und zu welchen Bedingungen Finanzmittel akquiriert werden. Dabei wäre es nach wie vor sicherer, eher von multi- oder bilateralen Gebern als auf dem offenen Markt zu leihen. Zambia muß ein vernünftiges Schuldenmanagement einführen und jetzt schon einen Tilgungsfonds einrichten, aus dem ab 2024 die Zinsen bezahlt werden können.

Die Situation von Zambia zeigt, daß auf internationaler Ebene neue Mechanismen wie zum Beispiel ein Staat-

ensolvenzverfahren ausgearbeitet werden müssen, damit die Errungenschaften in sozio-ökonomischen Bereichen nicht durch massive Einschnitte aufgrund eines von außen auferlegten Sparzwangs zunichte gemacht werden. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage nach einer Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft in Zambia: Wie kann erreicht werden, daß Gewinne im Land bleiben, daß die breite Bevölkerung von den Ressourcen profitiert und daß sie mitentscheiden kann über die Verwendung von Staatseinnahmen. Für die Zivilgesellschaft im globalen Norden bedeutet dies, daß sie sich weiterhin mit der Schuldenfrage beschäftigen und die Transformation der Wirtschafts-, Handels- und Finanzströme beobachten und vorantreiben muß, will sie solidarisch mit der zambischen Bevölkerung sein.



Geoffrey Chongo

Den Beitrag entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung dem aktuellen Newsletter der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg (<http://woek.de>).

Noch ist es nicht zu spät

Energiekrise in Zambia

Im Gespräch mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier im *State House* von Lusaka nahm der zambische Präsident Edgar Lungu am 20. November zur Energiekrise seines Landes Stellung. „Zambia verwendet zu 90% Energie aus Wasserkraft, diese hängt vom Ausmaß der jährlichen Regenfälle ab. Die waren heuer ein Disaster. Wenn wir nicht ausreichend Wasser in den Stauseen haben, können wir nicht genug elektrischen Strom produzieren, was die Wirtschaft schädigt. Hinzu kommt, daß der Kupferbergbau, ein führender Sektor unserer Volkswirtschaft, unter den niedrigen Rohstoffpreisen auf den Weltmärkten leidet. Als Folge davon erwirtschaften wir weniger Devisen, als wir für das Wachstum unserer Wirtschaft bräuchten.“

Diskutiert wurden von den beiden Politikern offenbar Möglichkeiten eines bundesdeutschen Engagements im Energiesektor von Zambia.

Schule im Tongagebiet

Initiative zugunsten bedürftiger Schulkinder in Zimbabwe

Aus einem Forschungsaufenthalt ist eine Partnerschaft mit einer Grundschule im ländlichen Zimbabwe entstanden. Engagierte Träger sind Ehrenamtliche aus der Steiermark und anderen Bundesländern. Claus Putz über Entwicklungszusammenarbeit auf direktem Weg.

Promise Simwinde Muleya (31) wuchs in einem Dorf in der Nähe von Kariyangwe (Provinz Matabeleland North, Zimbabwe) auf und besuchte die *Kariyangwe Mission Primary School* (KMPS), wo er von den dortigen Lehrer/innen gefördert wurde. Ohne diese Unterstützung wäre es Promise nicht möglich gewesen, seine weitere akademische Laufbahn einzuschlagen.

Claus Putz war im Rahmen eines Diplomarbeitprojektes in Moçambique und lernte Promise in Harare, der Hauptstadt von Zimbabwe, kennen. Als er seinem Freundeskreis von dem mehrmonatigen Studienaufenthalt im Südlichen Afrika und von Promise erzählte, entstand die Idee, einen karitativen Verein zu gründen. Tief beeindruckt von diesen Erfahrungen und Erzählungen sind seine Mitglieder davon überzeugt, daß sie sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen bedürftiger Schulkinder in Zimbabwe einsetzen wollen. Im Juni 2011 wurde *PFAU – Promise Foundation Austria, Verein zur Förderung von Schulkindern in Simbabwe* gegründet.

Die Vereinsmitglieder kommen vor allem aus dem Raum Friedberg (Steiermark), aber auch aus dem Großraum der Städte Salzburg, Graz und Wien. Jedes Vereinsmitglied bringt sich auf Basis ihrer oder seiner Interessen oder Qualifikationen im Verein ein und trägt so zur Unterstützung bei.

Die Kariyangwe Mission Primary School, die unsere Patenkinder besuchen, wurde 1958 von der römisch-katholischen Kirche (Diözese Hwange) gegründet und liegt im Distrikt Binga, ca. 65 km südlich der Stadt gleichen Namens. Zur Zeit besuchen, aufgeteilt auf 8 Schulstufen, etwa 800 Schüler/innen die Schule und werden von 20 Lehrer/innen unterrichtet. In Kariyangwe befindet sich noch eine zweite Schule die Kariyangwe Secondary School, (inkl. High School). Im Umfeld des Dorfes wohnen heute etwa 10.000 Menschen, hauptsächlich Tonga – Angehörige einer Volksgruppe, die durch den Staudammabau ab 1957 aus dem Zambezi-Tal vertrieben wurden (INDABA 86/15).

Unterteilt wird das Schulsystem in Zimbabwe in Kindergarten (*Early Childhood Development*), Grundschule (*Primary School*), Mittelschule (*Secondary School*) und höherbildende Schule (*High School*). In den Kindergarten startet ein Kind im Alter zwischen 3 und 5 Jahren (*Grade 0*). Ab dem 6. Lebensjahr geht es in die Primary School (*Grade 1 bis Grade 7*), und nach Erreichen von *Grade 7* legt es

eine staatliche Prüfung ab. Bei gutem Schulerfolg kann das Kind dann die Secondary School (Form 1 bis Form 4) besuchen. Es folgt eine weitere staatliche Prüfung und danach besteht die Möglichkeit, Form 5 und Form 6 (in der High School) zu besuchen. Nach Ablegen einer letzten großen Prüfung können sich die Schüler für



PFAU-Patenkinder

eine tertiäre Ausbildung (College oder Universität) einschreiben. Das Schuljahr in Zimbabwe ist in Trimester eingeteilt; Schulbeginn ist im Jänner, im Mai startet das zweite Trimester, und das letzte Trimester dauert von September bis Dezember.

Die Bevölkerung von Kariyangwe gehört hauptsächlich zur Volksgruppe der Tonga, die vor einigen Jahrhunderten ins heutige Zimbabwe einwanderten und sich v.a. entlang

des Flusses Zambezi ansiedelten. Die steile Zambezi-Böschung formte eine natürliche Grenze zwischen den Tonga und anderen Volksgruppen sowie zu den europäischen Siedlern entlang des Zentralplateaus im Binnenland, was dafür sorgte, daß die Tonga weitgehend isoliert lebten. Obendrein unterband ein dezentrales und zersplittertes Sozialsystem fremde (kulturelle) Interferenz. Mitte des 20. Jahrhunderts änderte sich das Leben der Tonga, als 1957 beschlossen wurde, den Kariba-Staudamm zu bauen (vgl. S.10). Von der damaligen rhodesischen Regierung wurden sie gezwungen, ihre bewohnten Gebiete zu verlassen und in höhergelegenes Gebiet umgesiedelt. Statt mit fruchtbarem Schwemmland an den Ufern des Zambezi mussten sich die geschickten Fischer nun mit einer dürregeplagten Savanne/Halbwüste auseinandersetzen. Heute leben etwa 300.000 Tonga auf der Seite von Zimbabwe und etwa 2 Millionen Tonga auf der Seite von Zambia. In Zimbabwe machen sie aber lediglich 2% der Gesamtbevölkerung aus, in Zambia etwa 16%. Die Ethnie der Tonga verfügt über matrilineare Führungsstrukturen, die besagen, dass die Führung eines Clans zwar einem Mann obliegt, diese aber über mütterliche Ahnenlinien begründet liegt und weitergegeben wird. Im Falle von Kariyangwe ist dies Chief Siansali, der für sie das traditionelle Oberhaupt ist. Er hat hier neben seinen Aufgaben als Ansprechperson seitens der Zentralregierung in Harare auch verwaltungstechnische Belange zu erfüllen. Daneben fungiert er auch als quasi-richterliche Instanz zur Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb von Kariyangwe.

Der PFAU-Verein versucht in Form von Veranstaltungen auf die Situation der Schule in Kariyangwe sowie

auf das Leben der Tonga hinzuweisen. Die Einnahmen und Spenden fließen direkt nach Kariyangwe, um das schulische, aber auch infrastrukturelle Leben zu verbessern. In Form von Patenschaften ist es möglich, gezielt einzelnen Schülerinnen oder Schülern zu helfen.

Eine Patenschaft für ein PFAU-Patenkind bedeutet Unterstützung zu geben, Verantwortung zu übernehmen und ein Schulkind ein Stück auf seinem Lebensweg zu begleiten. Es erhält durch die Patenschaft die Schulgebühren, eine Schuluniform sowie diverse Schultensilien. Eine Patenschaft sollte ein Kind bis zum Abschluß der Grundschule (Primary School) unterstützen, sie kann aber selbstverständlich jährlich gekündigt werden. Die Bedürfnisse von Kindern, die Unterstützung benötigen, werden von der Schule in Kariyangwe ermittelt und berücksichtigen Familienstatus (Vollwaise/Halbwaise), chronische Krankheiten und Armut. Je nach Bedürftigkeitsgrad werden Patenkinde unabhängig von der Schulstufe vergeben. Wir fördern Mädchen und Buben in einem ausgewogenen Verhältnis.

Ursprünglich hatten Schüler/innen und Lehrer/innen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Einzige Quelle war ein verschmutzter Bach, 800 Meter von der Schule entfernt. Viele Kinder bewältigen täglich einen bis zu vierstündigen Schulweg (in eine Richtung) und mußten den ganzen Tag ohne bzw. mit stark verunreinigtem Trinkwasser aus dem Bach auskommen.

Einzelne Gebäude, wie das neue Pfarrhaus, sind zwar an eine öffentliche Wasserleitung angeschlossen, diese ist aber in schlechtem Zustand, liefert nur unregelmäßig Wasser und würde für die Schule zu hohe Betriebskosten mit sich bringen. Ein eigener Brunnen für die

Schule stellte daher auch für die Zukunft eine nachhaltige Lösung dar. Gemeinsam mit der Schulleitung und dem erweiterten Schulentwicklungskomitee konnte PFAU hier ein erstes Projekt realisieren. Der 90 Meter tiefe Brunnen wurde im Dezember 2013 durch eine



Brunneneinweihung

lokale Firma gebohrt. Für die Förderung des Wassers wurde eine Unterwasserpumpe mit zugehöriger Photovoltaikanlage installiert. Gefördert wird das Brunnenwasser in zwei Wassertanks mit insgesamt 10.000 Litern Inhalt. Damit können nun Kinder und Lehrer mit Trinkwasser versorgt werden, weiters werden bewässerte Gärten für die Ernährung der Schüler angelegt und die Lehrer, die mit ihren Familien auf dem Schulgelände wohnen, haben Wasser zum Kochen, Waschen und Reinigen zur Verfügung.

Die Wasserversorgungsanlage wurde im August 2014 mit einem großen Fest eingeweiht. Mehr als 1.500 Menschen – darunter alle 800 Schulkinder, der gesamte Lehrkörper, der Chief von Kariyangwe, ein Gesandter des Bischofs der Diözese Hwange, der oberste Polizeichef des Distrikts Binga, der zuständige Schulinspektor, der Gemeindevertreter, mehrere Schuldirektoren der umliegenden Schulen, Eltern sowie Geschwister u.v.m. – waren anwesend. Ein dreistündiges Programm mit Reden, Tänzen, Gedichten und Liedern wurde geboten. Für den

Ein paar Milliarden für weniger Flüchtlinge



Von Adalbert Krims

Beim EU-Afrika-Gipfel in Malta (11./12. November) sollte es ja eigentlich um die Entwicklung Afrikas gehen. Doch die europäische Flüchtlingskrise hat zu einer Schwerpunktverlagerung geführt. „1,8 Milliarden Euro für weniger Flüchtlinge“ lautete die Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung* über das Ergebnis dieses informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs von 28 EU- und 35 afrikanischen Staaten. Natürlich ist das verkürzt, denn der in Malta beschlossene Aktionsplan enthält insgesamt 16 Punkte, die die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel so zusammenfaßte: *„Dieser Aktionsplan wird illegale Migration bekämpfen, mehr für legale Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme in Europa tun, gleichzeitig die Entwicklungshilfe verstärken, aber auch die afrikanischen Regierungschefs darauf verpflichten, mit ihren Bürgerinnen und Bürgern so umzugehen, daß die Jugend des Kontinents eine Chance hat.“*

Kernpunkt ist ein Hilfsfonds, für den die EU-Kommission aus Mitteln des EU-Budgets 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Er sollte von den Mitgliedsstaaten verdoppelt werden, was aber bloß frommes Wunschdenken ist: Die Zusagen bewegen sich bisher bei unter 100 Millionen Euro, und einige Mitgliedsstaaten haben einen Beitrag bereits dezidiert abgelehnt.

Aber selbst wenn wirklich 3 Milliarden Euro zusammenkämen, dann wäre das erst ungefähr ein Zehntel der Rücküberweisungen afrikanischer Migranten in Europa, die übrigens die gesamten Entwicklungshilfeleistungen der EU-Staaten an Afrika bei weitem übersteigen. Und mit diesen Mitteln sollen dann „Fluchtursachen“ bekämpft werden? Da diese ja bei den verschiedenen afrikanischen Ländern durchaus unterschiedlich sind und es bisher auch keine fundierte Analyse darüber gibt, ist ein solcher kontinentaler Gesamtplan von vornherein problematisch und bloß plakativ. Ganz abgesehen davon sind die für ein so ambitioniertes Vorhaben veranschlagten finanziellen Mittel geradezu lächerlich gering. Außerdem sollen die Gelder sowohl für Entwicklungsprojekte als auch für „Sicherheitsmaßnahmen“

(also Grenzkontrollen, gemeinsames Vorgehen gegen Schlepper, Bekämpfung des Terrorismus etc.) verwendet werden, wobei der Einsatz der Mittel hauptsächlich von den „Gebern“ bestimmt wird.

Ein wesentlicher Teil des „Aktionsplans“, auf den die EU besonders gedrängt hat, ist aber die „Rückführung“ von Migranten und Flüchtlingen. Länder, die bereit sind, aus der EU abgeschobene Menschen aufzunehmen, sollen dafür finanziell belohnt werden. *Amnesty International* hat in diesem Zusammenhang vor einer Zusammenarbeit mit Staaten gewarnt, die Menschenrechte verletzen und rechtsstaatliche Standards nicht einhalten. *„Die EU sucht nach einer Auslagerung ihres Migrationsproblems“*, erklärte die Leiterin der EU-Abteilung von Amnesty, Iverna McGowan. Bei dem Tausch Geld gegen Flüchtlinge drohen die Menschenrechte auf der Strecke zu bleiben.

„Das Grundproblem des Valletta-Aktionsplans besteht darin, daß er die Prioritäten Europas widerspiegelt, nicht die Prioritäten Afrikas“, kommentiert die Berliner *TAZ* (11. 11.) zutreffend. Natürlich ist es bei dem EU-Afrika-Gipfel nicht um Afrika gegangen, sondern um die EU. Und für die Regierungen der Mitgliedsländer gibt es derzeit – vor allem aufgrund des innenpolitischen Drucks von rechts – nur die Themen „Flüchtlinge/Migration“ und „Terrorismus“, gegen die man sich durch den Aufbau der „Festung Europa“ schützen will. Auch wenn der Aktionsplan daran nichts ändern wird, so können die europäischen Regierungen damit demonstrieren, daß sie etwas tun. Und die afrikanischen Regierungen sagen sich, besser ein bißchen Geld bekommen als gar keines. Jedenfalls handelt es sich letztlich um Alibiaktionen. Denn: Sowohl Migration als auch Terrorismus sind keine isolierten Phänomene, sondern Folge von Armut und Kriegen und müssen in diesem Zusammenhang analysiert und bekämpft werden. ■

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

oder emanzipatorischen Bewegungen (wie Nicaraguas Sandinisten) trat er mit ungeheurem Zynismus gegenüber, sein Rassismus war tief verankert („wer wie ich durch Monate hindurch unter Arabern und Negern gelebt hat...“), sein Kommunismhaß fanatisch. Andersdenkende – die er „Gegner“ oder sogar „Feinde“ nannte – beschimpfte er wortgewaltig und mit all seinem journalistischen Talent. 2007 schrieb der Villacher Entwicklungsexperte Gerhard Payr in einem Nachruf: „Eine gerechte Welt ist entfernter denn je. Fritz Sitte hat seinen Beitrag dazu geleistet.“

1972 erschien mit „Flammenherd Angola“ sein erstes Buch zum Südlichen Afrika – mit keiner anderen Region der Welt sollte er sich in Hinkunft so intensiv befassen; „Angola hat meine ganze berufliche Laufbahn entscheidend geprägt“, schrieb er später. Vorgeschichte wie Verlauf der Einladung durch Jonas Savimbi, von Zambia aus das UNITA-Hauptquartier in Zentralangola (Provinz Bié) zu besuchen, sind im Detail unklar, zumal er selbst leicht unterschiedlich darüber berichtete. UNITA war neben der heute regierenden MPLA und der von Zaire unterstützten FNLA eine der drei Befreiungsbewegungen, die gegen die portugiesische Kolonialherrschaft (und gegeneinander) kämpften. Vermutungen eines Naheverhältnisses der Organisation zum portugiesischen Geheimdienst bestätigten sich 1974.

Faktum ist, daß Sittes Reportagen und Filme eine Sympathiewelle zugunsten von UNITA bewirkten oder eine solche zumindest verstärkten; 1986 wurde Savimbi sogar vom US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im Weißen Haus empfangen. Mit seinen weltweit verbreiteten Publikationen habe er „sehr wesentlich zur Anerkennung der UNITA bei verschiedenen internationalen Gremien beigetragen“, schrieb Sitte stolz an die südafrikanische Botschaft in Wien.

Mit eben diesem Schreiben vom 3. Dezember 1975 (Vermerk „Vertraulich“ und bezeichnenderweise in deutscher Sprache – konnte der berühmte Reporter kein Englisch?) setzt der einschlägige Aktenlauf in den *National Archives of Namibia* ein. Er habe die Absicht, im Februar 1976 erneut in die UNITA-kontrollierten Gebiete zu reisen (Angola hatte inzwischen seine Unabhängigkeit erlangt und wurde von der MPLA regiert), wolle es diesmal aber von Süden her, über das südafrikanisch besetzte Namibia, versuchen. „Da die UNITA zu Südafrika sehr positive Beziehungen unterhält und andererseits die UNITA-Führer an meinem Besuch in Angola sehr interessiert sind, bitte ich Sie höflichst. ... Es ist selbstverständlich und liegt in

meinem ureigensten Interesse, daß ich allfällige Genehmigungen oder Abmachungen in dieser Angelegenheit als streng vertraulich betrachten ... würde.“

Das war aus verschiedenen Gründen naiv, wie der südafrikanische Botschafter, Kurt von Schirnding, in einem dreiseitigen Memorandum („VERTROULIK“) an das Außenministerium in Pretoria meinte. Denn erstens hatte der Einsatz kubanischer Truppen ab 9. November die südafrikanische Invasionsarmee in Angola in Bedrängnis gebracht, zweitens war Südafrika interessiert, seine Unterstützung der UNITA zu vertuschen, und drittens hatte Sitte von Südafrika wenig Ahnung und stellte somit für die Auslandspropaganda Pretorias ein Risiko dar. Diesen Risiken stand andererseits die Notwendigkeit publizistischer Schützenhilfe für UNITA gegenüber, die Sitte ohne Zweifel zugetraut wurde. Die Entscheidung wurde Anfang des Folgejahres von Pretoria mitgeteilt: Aus militärischen Gründen wären Journalistenreisen nach Angola durch Südwestafrika nicht möglich.

Der Journalist reiste also doch über Zambia zum neuen UNITA-Hauptquartier in Angola, mußte dieses aber wegen einer kubanischen Großoffensive in Richtung Süden verlassen und sich (über Vermittlung Savimbis) unter den Schutz der südafrikanischen Armee in Nordnamibia (Rundu) begeben; er berichtet darüber in „Inferno Schwarzafrika“, erwähnt seine vorangegangene Korrespondenz mit Südafrika aber mit keinem Wort; das hätte seinem „Heldenimage“ ja doch Abbruch getan.

Hatte Namibia für Sitte zunächst nur als Hinterland der UNITA fungiert, so begann es ihn nun auch im Rahmen seiner afro-pessimistischen Grundhaltung zu interessieren. „Afrika bejubelt seine junge Freiheit. Unabhängigkeit und Selbständigkeit“, schrieb er 1977, „landet damit aber immer mehr in einer erschreckend um sich greifenden Anarchie, leidet unter bluttriefenden Diktaturen und Schreckensherrschaften und gerät immer mehr zwischen die Mühlsteine der Großmachtinteressen von Ost und West.“ Würde ein von Südafrika unabhängiges Namibia nicht dasselbe Schicksal erleiden?



Sittes Paßfoto in den Windhoecker Akten



Werbeposter der Kleinen Zeitung

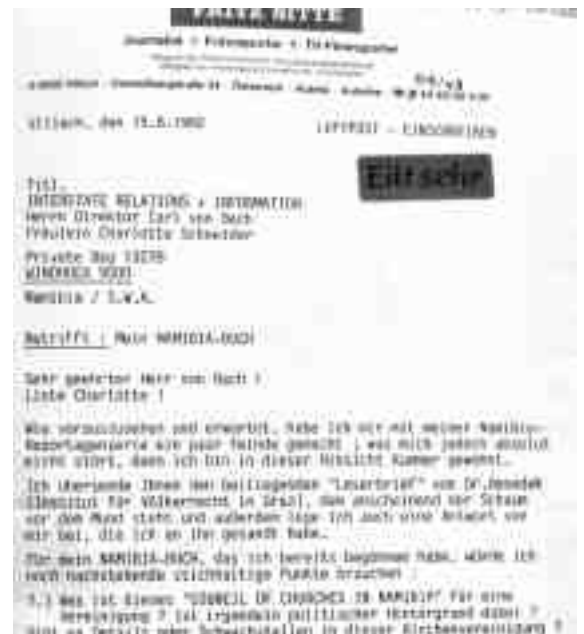
Am 23. Mai erschien in beiden Kleinen Zeitungen (Kärnten und Steiermark) Sittes siebenteilige Serie „Südwest-AFRIKA: Das letzte Gefecht“. Hier hob er den deutschen Charakter des Landes hervor („Was sollten wir tun, wenn hier radikale Schwarze, etwa die SWAPO, die Macht ergreifen?“), verwirrte mit halbweisen Informationen über den internationalen Verhandlungsstand („Die SWAPO lehnt alle Wahlen ab“), machte sich über die von ihm im Omega Camp besuchten „gelben Zwerge“ und ihren Glauben an die „bösen Geister“ lustig und lobte die fast vollständige Abschaffung der Apartheid in Namibia. Herr von Bach konnte zufrieden sein.

In Österreich freilich ließ Kritik nicht auf sich warten. Wolfgang Benedek, Assistent am renommierten Institut für Völkerrecht der Universität Graz (heute dessen Leiter), protestierte in einem ausführlichen Schreiben an den Grazer Chefredakteur Fritz Csoklich; ein Kurztext erschien am 6. Juni als Leserbrief. Neben dem Vorwurf, die internationale Verhandlungssituation falsch dargestellt zu haben, führte Benedek auch den Widerstand der Religionsgemeinschaften gegen die „interne Lösung“ an: „In Namibia stehen ... die Kirchen längst auf der Seite der Schwarzen und unterhalten auch gute Kontakte zur SWAPO. Sie sind jedoch nicht in der Lage, der aufwendigen südafrikanischen Propaganda in Europa mit gleicher Münze zu antworten. Diese Ungleichheit erfordert journalistische Verantwortung, die aber von Sitte völlig mißachtet wurde. Nicht ein Gespräch mit einem Kirchenführer, nicht ein Interview mit einem Vertreter der schwarzen Mehrheit ... Dafür seitenweise Übernahme südafrikanischen Propagandamaterials, um das man nicht nach Namibia fahren mußte.“

Sitte schäumte vor Wut – seine öffentlichen Reaktionen sowie der sich über einen Monat lang hinziehende Briefwechsel mit Benedek füllen die Akten im namibischen Na-

tionalarchiv; Sitte schickte laufend Kopien nach Windhoek, was offenbar als Leistungsnachweis gedacht war. Ein wenig verunsicherte ihn die Kritik aber doch, wie ein Schreiben an den Presseattaché der südafrikanischen Botschaft vom 13. Juni 1982 zeigt. „Ist Ihnen zufällig dieses ‚Institut für Völkerrecht‘ bekannt oder dieser Herr Dr. Benedek? Sollten Sie darüber irgendwelche Hinweise oder Informationen haben, so wäre ich Ihnen dafür im Interesse der Sache sehr dankbar.“

Und drei Tage später hektisch an seinen Kontaktmann in Namibia: „1.) Was ist dieses ‚Council of Churches in Namibia‘ für eine Vereinigung? Ist irgendein politischer Hintergrund dabei? Gibt es Details oder Schwachstellen in dieser Kirchenvereinigung? Wie steht dieses Council of Churches der DTA gegenüber? ... 2.) Haben Sie nähere Einzelheiten über den im Exil lebenden Bischof Colin Winter [1972 als



Argumentationshilfe gebraucht

Unterstützer des großen Streiks der Wanderarbeiter und als „Kommunist“ aus Namibia deportiert und in Südafrika gebannt]? ... 3.) Haben Sie in Namibia irgendwelche namhafte Priester oder Kirchenführer, die PRO DTA eingestellt sind und einen derartigen Unabhängigkeitsweg (gegen die SWAPO) befürworten? ... Ich kann irgendwelche negativen Kirchaussagen mit solchen positiven Erklärungen paralisieren“ – ein aufschlußreiches Zitat zum Thema journalistische Objektivität.

➔ Fortsetzung auf Seite 27

leisten. Die großen medizinischen Herausforderungen waren Erkrankungen wie Malaria, Lungenerkrankungen, Schlafkrankheit, Durchfall, massive Unterernährung und damit verbunden eine hohe Kindersterblichkeit. Aber auch im Bereich der Geburtshilfe gab es großen Handlungsbedarf. Nachdem Tuberkulose in den Dörfern sehr verbreitet war, wurde ein konkreter Behandlungsschwerpunkt für diesen Bereich gesetzt. Durch die regelmäßigen Klinikflüge mit Unterstützung des Flying Doctors-Service aus Nairobi konnten wesentlich mehr Menschen medizinische Hilfe in Anspruch nehmen. Auch Initiativen im Präventivbereich, z.B. Schuluntersuchungen, waren ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitssituation.

Ein wichtiger Aspekt für die Einschätzung von nachhaltiger Entwicklung scheint auch das Verhältnis zwischen traditioneller Medizin und europäischer Schulmedizin zu sein. Die Maasai haben ein großes Wissen in traditioneller Heilbehandlung, und so vertrauen die Menschen sehr auf die Erfahrung ihrer Heiler. Die europäische Medizin wurde anfangs eher als „komplementäre Medizin“ betrachtet. Das kann als wichtiger Entwicklungsschritt gelten, da bei der

einheimische Ärzte und Ärztinnen für die medizinischen und führungsbezogenen Aufgaben zu finden. Dies erwies sich jedoch als sehr schwierig, da die tanzanischen Mediziner/innen bevorzugt in den Städten und in den Schwerpunktkrankenhäusern gebraucht werden (S. 71).

Zwischen 1964 bis 2014 durchlief das Projekt die unterschiedlichsten Entwicklungsstufen. Nach dem unerwarteten Tod Dr. Watschingers 1991 kam es zu großen Umbrüchen im Gesamtkonzept. Es gab kein „Eiersonnenprojekt“ mehr. Es mußten schnell neue Konzepte entwickelt werden, damit der Weiterbestand und die finanzielle Sicherstellung der Krankenhäuser gewährleistet war. Zu diesem Zeitpunkt war die finanzielle Abhängigkeit von ausländischen, v. a. österreichischen Geldgebern sehr groß. „Nur einige Angestellte und spezielle Medikamente und Impfungen, die im Rahmen von nationalen Programmen zur Verfügung gestellt wurden, finanzierte das tanzanische Gesundheitsministerium. Die Einnahmen durch die Gebühren konnten nur einen kleinen Teil der laufenden Kosten der Krankenhäuser decken“ (S. 72).

Schon zu Lebzeiten Dr. Watschingers hatte es Kooperationen mit *adc Austria* (*Austrian Association for Development*) gegeben. Beabsichtigt war, Endulen als eigenes Spital weiterzuführen, das Hospital in Wasso in die Bezirksstrukturen einzugliedern und Initiativen zur Entwicklungsförderung in gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Belangen einzuleiten. Außerdem wurde eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Erzdiözese Arusha, der alleinigen tanzanischen Projektträgerin, gefordert (S. 74). Dieser Punkt ist besonders beachtenswert, ist doch die Kooperation mit dem Projektträger und dessen Verantwortung für die Nachhaltigkeit eines Projekts von zentraler Bedeutung.

Im Jahr 1994 übergab *adc Austria* die Projektabwicklung an *Austroprojekt* unter Leitung von Christoph Gütermann. *Austroprojekt* war zu diesem Zeitpunkt bereits mit einem Entwicklungsprogramm zur Strukturförderung und zur Verbesserung der Wasserversorgung im Ngorongoro-Distrikt tätig. Die beiden Krankenhäuser sollten in absehbarer Zeit ein tragfähiges, zukunftsorientiertes Finanzierungskonzept erhalten. Dieses Ziel wurde laut Gütermann nicht erreicht (S. 75). Die Erzdiözese als Eigentümerin der Spitäler setzte selbst keine Schritte, um eine alternative finanzielle Versorgung der Krankenhäuser sicherzustellen, obwohl sie seit 2000 über



Kooperation mit dem Flying Doctors-Service in Kenya

regionalen Bevölkerung Vertrauen und Verständnis in die moderne Medizin entwickelt wurde, besonders durch die Ausbildung von lokalen Assistent/inn/en und Heilgehilf/inn/en. Viele Maasai sprechen kein Englisch, und auch Swahili ist nicht ihre Muttersprache. Die lokalen Mitarbeiter/innen können daher auch in schwierigen und sensiblen Situationen die Menschen verstehen und Sicherheit geben. Dieser Aspekt findet für mich in der Studie zu wenig Beachtung. Es war auch der Wunsch Dr. Watschingers, eines Tages

die Rückzugspläne der ÖEZA informiert war. So kam es dazu, daß die Geldflüsse aus Österreich 2006 stoppten und es plötzlich keinerlei Finanzmittel mehr für die laufenden Kosten der Spitäler gab (S. 76). In Bezug auf Nachhaltigkeit wird der Erzdiözese Arusha eine wichtige Rolle zugeteilt. Sie hätte ihre Verantwortung als Projektträgerin wahrneh-



Das Wasso Hospital 1976

men und tragfähige Finanzierungskonzepte bereitstellen müssen. Ebenso wäre eine intensive Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden und mit den politischen Entscheidungsträgern notwendig gewesen. Aus der Analyse geht freilich nicht hervor, was genau die Hindernisse für die Erzdiözese Arusha gewesen sind. Es wird auch kein Hinweis auf die verantwortlichen Personen (z. B. Erzbischof) gegeben. Gerade die Sichtweise der handelnden Personen auf diözesaner Ebene könnte ein interessanter Aspekt in der Bewertung der Nachhaltigkeit sein.

Die vorliegende Studie ergibt auch, daß sich die Gesundheitssituation in der Region durch die Arbeit von Dr. Watschinger und seinen Mitarbeiter/innen erheblich verbessert hat. Die Menschen bekamen einen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, ihre Lebensqualität hat sich erweitert. Aber auch die Ernährungssituation und die Einstellungen in Bezug auf Gesundheit haben sich nachhaltig verbessert. Dies geschah einerseits durch die Behandlungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern Wasso und Endulen, andererseits aber auch durch die Klinikflüge und durch die strukturelle Arbeit, die geleistet wurde. Hier läßt sich die Nachhaltigkeit mit unterschiedlicher Gewichtung eindeutig belegen.

Welche Lösungsansätze bzw. Perspektiven in Zukunft die Nachhaltigkeit verbessern könnten, bleibt in der Studie offen. Die Allgemeinsituation vor Ort hat sich in letzter

Zeit nicht wesentlich verbessert. Die Rundbriefe von Dr. Thomas Brei, der das Krankenhaus in Wasso im Auftrag der Erzdiözese Arusha leitet, geben einen guten Einblick in die aktuellen Schwierigkeiten und Probleme. Personalmangel und Finanzierungsprobleme stellen eine hohe Belastung dar. Es gibt angeblich arabische Sponsoren. Ob dadurch die Nachhaltigkeit verbessert wird, läßt sich nicht einschätzen.

Für mich stellt sich auch die Frage, ob die beiden Krankenhäuser noch als „Projekt“ gesehen werden können. Ein Projekt hat eine bestimmte Laufzeit und auch einen konkreten Abschluß. Krankenhäuser sind Gesundheitseinrichtungen, Organisationen, die sich ständig weiterentwickeln und auch einer permanenten Qualitätssicherung bedürfen. Wie das für Endulen und Wasso gelten könnte, wäre sicherlich sehr interessant.

Offen bleibt auch die Frage nach dem Engagement der kirchlichen Ordenseinrichtungen als einer tragenden Säule des Gesamtkonzepts. Ordensschwester haben von Beginn am Aufbau des Spitals in Wasso und in der aktiven Krankenbehandlung mitgewirkt. Ohne die tragfähige und verlässliche Unterstützung von Ordenseite wäre die Führung der Krankenhäuser nicht möglich.

Die Studie zeigt meines Erachtens sehr deutlich, wie schwierig es ist, von einem Leitbild des „Helfens“ zu einem nachhaltigen, partizipatorischen Entwicklungsansatz zu finden, der eine eigenständige Gesundheitsarbeit ermöglicht. Für die betroffenen Menschen würde das eine Verbesserung der Lebenssituation bedeuten und somit auch eine Motivation, in der Region zu bleiben. Gerade in der heutigen Zeit, in der große Migrationsbewegungen in Afrika stattfinden, ist die Gesundheitsarbeit in den ländlichen Gebieten äußerst wichtig.

Sandra **Schellner**, *Den Mut nicht sinken lassen. Eine Nachhaltigkeitsanalyse des privaten Ein-Personen-Projektes von Dr. Herbert Watschinger in Tanzania unter Anwendung der Konzeptionen von Alexandra Caspari und Amartya Sen (Wien, ÖFSE, 2014)*

Philipp **Hieslmair** / Ino **Karnig** / Markus **Wiesauer**, *Auf den Spuren von Herbert Watschinger (Schwanenstadt, www.pro-watschinger.at, 2011)*

Dipl. Päd. Gerhard **Klingesberger**, M.Sc., ist HTL-Lehrer und Psychotherapeut sowie Supervisor im Bildungs- u. Sozialwesen und im Gesundheitsbereich. Er arbeitete in den 1970/80er Jahren in Entwicklungsprojekten in Tanzania und Zambia.

→ Fortsetzung von Seite 23

In Südafrika war man zufrieden. Sitte habe ohne Zweifel die objektivste und für uns wertvollste Berichterstattung bisher in Österreich geliefert, schrieb Botschafter Retief nach Pretoria. Aber die Kritik Benedeks, auf die Sitte wenig sattelfest und zum Teil mit Beschimpfungen repliziert hatte, gab in Windhoek zu Bedenken Anlaß. Offenbar hätte die zweiwöchige Reise zur Beantwortung aller auftretenden Fragen nicht gereicht, hieß es in einer Unterlage für Ministerratsvorsitzenden Mudge, in der Benedek ausdrücklich erwähnt wird. Eine zweite Einladung für August 1982 wurde daher genehmigt und von Sitte am 13. Juli sofort angenommen, „um die restlichen unklaren Problempunkte [!] fuer mein schon in Arbeit befindliches Namibia-Buch persoendlich recherchieren zu koennen.“

Besonders würden ihn Interviews mit führenden Kirchenleuten und Missionaren sowie mit einem DTA-Vertreter interessieren, der „mit konkretem Material + Unterlagen ueber die SWAPO-Verhandlungen der 2 letzten Jahre“ Bescheid wüßte. Weiters wollte er noch einmal das Buschmann-Camp besuchen und fotografieren – daraus und aus einem weiteren (dritten) bezahlten Namibiaaufenthalt entstand 1986 sein zweites Namibiabuch „Buschmann, schieß oder stirb“.

1983 erschien „Schicksalsfrage Namibia“ im Styria-Verlag, dessen nationalkonservativ-katholischer Herausgeber, Hanns Sassmann, dem Autor positiv gegenüberstand. Nicht nur der Generalvikar der Diözese Windhoek, der Oblatenpater Heinrich Henning, äußerte angesichts der „Gesamtten-denz des Buches meine Enttaeuschung, dass dieses Buch in Ihrem Verlag erschienen ist ... Der katholischen Kirche hat Herr Sitte mit seinem Buch keinen guten Dienst erwiesen, nicht, weil ich glaube, dass die Kirche in ihrer Beurteilung der Lage verkehrt liegt, sondern Herr Sitte selbst.“ (Schreiben an Styria, 22. Juni 1983). Auch Völkerrechtlicher Benedek bedauerte, „daß ein katholischer Verlag diesem Buch zu einem falschen Anschein verholfen hat und dadurch einer Denkrichtung Vorschub leistet, die man heute mühsam versucht aus Schulbüchern zu entfernen.“ Abgesehen von dem Umstand, daß „in der historischen Schilderung der Bemühungen der UNO um die Dekolonisierung Südwestafrikas/Namibias wichtige Stationen unterschlagen bzw. mißverständlich dargestellt“ wurden, kritisierte Benedek den Tenor der Veröffentlichung insgesamt: „Sittes Buch enthält eine geschickt gemachte Unterstüztung rassistischer Vorurteile. ... So seien ‚schwarze Akademiker ganz einfach nicht in der Lage, voll verantwortlich an die Stelle weißer

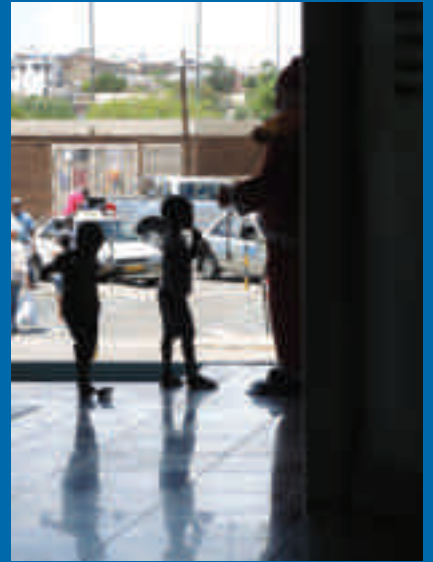
Ingenieure und Fachleute zu treten‘ (S. 176). Als Grund weiß er anzugeben: ‚Zu technischen Dingen scheinen Schwarze ein gestörtes Verhältnis zu haben.‘ (S. 177). ... Dies alles will er natürlich nicht abwertend verstanden haben, sondern als ‚eine Aufzählung von Fakten.‘“ (EPN 10/83).

Abgesehen von inhaltlichen Aspekten war Sittes Buch im Vergleich zu seinen früheren Veröffentlichungen auch journalistisch schlecht. Über weite Strecken dominieren simplifizierende politische Erörterungen, Reportageelemente sind selten, und schon gar nicht finden sich Abenteuer, die den Autor an den Rand des Todes gebracht hätten (sein Markenzeichen aus den Angola-Büchern, und das war es ja, was das Publikum wollte). Allerdings nicht verwunderlich: Schließlich war er ja auf Einladung einer Regierung, mit allem möglichen Komfort und unter maximalen Sicherheitsvorkehrungen gereist. Darüber schwie er sich wohlweislich aus; nur Eingeweihte konnten seinen allgemeinen Hinweis in Vorbemerkung und Klappentext deuten: „Ich war monatelang mit den Guerillas der Befreiungsbewegungen im Busch unterwegs, oder ich begleitete, offiziell eingeladen, Regierungstruppen im Kampf gegen die ‚Rebellen‘. Ich weiß daher sehr gut, wovon ich spreche, wenn es um afrikanische Konflikte geht.“ Auch hier verschwie er den entscheidenden Punkt: Im einen Fall waren es pro-südafrikanische Rebellen, im anderen ein pro-südafrikanisches Regime gewesen. Sittes angebliche Afrika-Expertise bestand im Kern aus menschenrechtswidriger Einseitigkeit.

Sein Buch wurde freilich durch die Ereignisse überholt: Die „interne Lösung“, die er wie vereinbart propagierte, begann zu zerbröckeln, und nach Rivalitäten innerhalb der Turnhallenkoalition und Kompetenzkonflikten mit Südafrika trat Ministerpräsident Mudge, den Sitte noch groß interviewt hatte, im Jänner 1983 entnervt zurück. „Durch den Rücktritt von Dirk Mudge bin ich etwas verunsichert, ob Ihr Büro noch existiert ... oder ob Sie gleichfalls mit Verbitterung demissioniert haben?“, so Sitte am 24. Februar an Herrn von Bach. Auch die Schlußpassage des Buches läßt die Verunsicherung seines Autors erkennen: „... gebe ich zu, daß mir bisher noch kein Konflikt unterkam, der so vielschichtig und verworren ist wie das SWA/Namibia-Problem.“ Ein Glück, daß Namibias Schicksal letztendlich nicht in den Händen von Fritz Sitte und des hinter ihm stehenden Propagandaapparats lag...

Für die Unterstüztung meiner Recherchen in den National Archives of Namibia danke ich Direktor Werner Hillebrecht sehr herzlich.

Impressionen aus Namibia



von Walter Sauer

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....

HERDER

Wir setzen Lesezeichen.



Michael Lapsley Mit den Narben der Apartheid



Mit den Narben der Apartheid
Budrich-Verlag
ISBN 978-3-8474-0171-1
€ 20,50

Father Michael Lapsley verlor als Kämpfer gegen die Apartheid bei einem Briefbombenattentat beide Hände und eines seiner Augen.

In seiner Autobiografie erzählt er von diesem entsetzlichen Ereignis und davon, wie er seine eigene traumatische Erfahrung umgelenkt hat und sie nun, als Leiter des Institute for Healing of Memories, für die Heilung anderer Traumatisierter auf der ganzen Welt nutzt. Michaels Leben ist eine beeindruckende Metapher ein Fremder, der in unser Land kam und eine grundlegende Verwandlung durchlebte. Sein Leben spiegelt die Komplexität der vielen langen Reisen und Kämpfe unseres Volkes wider.

Buchhandlung Herder, Wollzeile 33, 1010
Tel.: 01/512 14 13; www.herder.at